

(19.01.2017. – 26.01.2018)

Grüner Pressespiegel

Bettina Hoffmann, MdB

19.01.2018 – Qualvolle Tiertransporte endlich beenden

Zur Debatte im Deutschen Bundestag zu Tiertransporten erklärt Dr. Bettina Hoffmann, grüne Bundestagsabgeordnete aus Nordhessen:

„Jeden Tag werden Tausende Tiere in Deutschland abgefertigt und in Transportern auf ihre lange Reise ins europäische Ausland geschickt. Zum Teil unter grausamen Bedingungen. Das muss ein Ende haben. Dass zumindest die rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden, ist das Mindeste.“, fordert Dr. Hoffmann.

Leider sei dies allzu häufig nicht der Fall. Dies führten zahlreiche Berichte und Videomitschnitte regelmäßig vor Augen: Tiere, die auf den LKWs an Metallstangen lecken und häufig apathisch und völlig dehydriert zusammenbrechen. Hochtragende Jungrinder, die in völlig überladenen und verdreckten Transportern eine Schweregeburt erleiden. Das dürfe es laut EU-Regelungen nicht geben, sei aber dennoch keine Seltenheit.

Auch die Anzahl der Langstreckentransporte von Rindern habe in den letzten vier Jahren stark zugenommen - verdreifacht in den Libanon, verzehnfacht in die Türkei und nach Russland. 2016 seien über 70.000 Rinder aus Deutschland in Drittländer exportiert worden.

„Durch Hessens größten Geflügelschlachthof sind auch in unserer Region häufig Transporter zu sehen, die die Tier über mehrere Hundert Kilometer nach Gudensberg im Schwalm-Eder-Kreis bringen. Wir sind es den Tieren schuldig, sie auch auf ihrem letzten Weg noch anständig zu behandeln. Wir Grüne fordern ein Moratorium der Transporte in EU-Drittländer, das solange aufrechterhalten wird, bis das eklatante Vollzugsdefizit behoben ist. Außerdem wollen wir nationale Transporte auf vier Stunden und Transport ins Ausland auf höchstens 8 Stunden beschränken.“, so Dr. Hoffmann.

Bettina Hoffmann, MdB

23.01.2018 – Elysee-Vertrag: Deutsch-Französische Freundschaft stärken

„Die deutsch-französische Freundschaft ist ein wertvolles Geschenk. Sie hat zu einem dauerhaften Frieden beigetragen und Deutschland und Frankreich zu engen Partnern in Europa gemacht. Jetzt gilt es, die gute Zusammenarbeit zwischen unseren beiden

Parlamenten weiter auszubauen.“, ist Dr. Hoffmann überzeugt.

Durch die aktuell beschlossene Resolution solle auch die bilaterale Zusammenarbeit gestärkt werden. Eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit sei eine unerlässliche Voraussetzung für die europäische Integration. Frankreich und Deutschland könnten mit gemeinsamen Vorschlägen die EU voranbringen und mit zur Demokratie-Stärkung in Europa beitragen.

„Die Basis der deutsch-französischen Freundschaft ist die Freundschaft der Städte und Gemeinden, so wie etwa die Partnerschaft zwischen Kassel und Mulhouse im Elsass oder Niedenstein mit der Gemeinde Saint-Germer-de-Fly in Nordfrankreich. Durch die vielfältigen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten wächst Europa näher zusammen.“, so Dr. Hoffmann.

Bettina Hoffmann, MdB

23.01.2018 – Agrarwende für Umweltschutz, Gesundheit und Artenvielfalt dringend notwendig

Die „Wir haben es satt“-Demo war auch 2018 wieder ein voller Erfolg. Zum Auftakt der Internationalen Grünen Woche in Berlin gingen weit über 30.000 Menschen bei frostigen Temperaturen auf die Straße, um für bessere Qualität in der Landwirtschaft und gegen eine dramatisch wachsende Fleischindustrie und Pestizidbehandlung von Pflanzen zu kämpfen.

Mittendrin die nordhessische Bundestagsabgeordnete Dr. Bettina Hoffmann und der Europaabgeordnete Martin Häusling (beide Bündnis90/ DIE GRÜNEN). „Es ist ein tolles und wichtiges Signal, dass so viele Menschen nun schon zum 8. Mal aus dem gesamten Bundesgebiet nach Berlin kommen. Ein ganzer Bus mit Nordhessen und Nordhessinnen hat eindrucksvoll gezeigt, dass sie eine andere, eine bäuerliche, eine nachhaltige und tierfreundlichere Landwirtschaft wollen.“, so Bettina Hoffmann. Die negativen Folgen der konventionellen Agrarindustrie sind nicht zu übersehen. Insektensterben, Artenverlust, Nitrate in überdüngten Böden, Hormon- und Antibiotikarückstände im Fleisch und Verunreinigungen des Grundwassers sind nur einige Schlagworte. Dr. Hoffmann, promovierte Biologin und Mitglied des Umweltausschusses und des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, sieht die Politik massiv gefordert:

„Wir stehen vor der großen Herausforderung des Umsteuerns in unserer Agrarpolitik, die wir in dieser Legislaturperiode unbedingt angehen müssen. Sonst wird die bäuerliche, kleinstrukturierte Landwirtschaft, wie wir sie noch aus Nordhessen kennen, keine

Zukunft mehr haben. Auch werden die negativen Folgen für Umwelt und Gesundheit, für Artenvielfalt und ökologisches Gleichgewicht noch drastischer zunehmen. Die Glyphosat-Entscheidung von CSU-Minister Schmidt war ein dramatischer Fehler, der dringend korrigiert werden muss“, so Hoffmann abschließend.

Rathausfraktion & Karin Müller, MdL

26.01.2018 – Grüne: Katzenschutz in Kassel - Beispiel der Landeshauptstadt folgen

Die langanhaltende Diskussion um eine Katzenschutzverordnung in Kassel beschäftigt auch die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller. Erst kürzlich haben Tierschützer und Politiker vor dem Wiesbadener Rathaus dazu aufgerufen, dem guten Beispiel der hessischen Landeshauptstadt im Katzenschutz zu folgen. Informationen zu Folge bewegt sich etwas in Kassel, jedoch ist noch nicht abzusehen, wann und in welcher Form eine Katzenschutzverordnung erlassen wird. „Dabei ist es wichtig, sich zügig auf ein Datum fest zu legen, denn jeder Tag zählt, will man das Leid der vielen freilebenden Katzen mildern“, so Müller.

„Positiv festhalten lässt sich, dass der Magistrat der Stadt Kassel erstmals erkennen ließ, dass die Zahlen von freilebenden Katzen im Stadtgebiet durchaus ein relevantes Problem darstellen“, berichtet Christine Hesse, tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen Rathausfraktion, aus der Rechtsausschusssitzung vom Donnerstagabend. „Das ist ein Teilerfolg, denn dadurch erfolgt eine erneute Überprüfung, ob die Rechtsverordnung nun doch umgesetzt werden kann. Es ist zwar immer noch ein holpriger Weg- aber wenn dieser zum Ziel führt, ist es zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.“

Mit der Delegationsverordnung der Landesregierung, die bereits seit April 2015 in Kraft getreten ist, wurde die rechtliche Grundlage für hessische Kommunen geschaffen, eine Kastrationspflicht sowie auch eine Registrierungspflicht für Katzen mit unkontrolliertem Freigang einzuführen. Müller und Hesse ermutigen den Oberbürgermeister darin, endlich Gebrauch von der Verordnung zu machen – denn dies wäre ein bedeutendes Zeichen für den Tierschutz in Kassel.